

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge...

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge...

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nummer: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 61

Sonnabend, den 12. März 1932

27. Jahrgang

Aus heißester Vaterlandsliebe!

Reichspräsident von Hindenburg spricht zum deutschen Volke

Nichts für mich - alles für mein Volk!

Berlin, 10. März. Der Herr Reichspräsident hielt heute abend 7 1/2 Uhr über alle deutschen Sender folgende Ansprache an das deutsche Volk:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Mal die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es abstrichlich vermieden, vor parteimäßig aufgelegenen Versammlungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volke gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wolle ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. Der Verlauf desselben nötigte mich aber aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volke zu sprechen.

Dem alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich durch diese Ansprache dartun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen.

Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte. Mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Wort und Töne können. Wenn ich mich nach anderer Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestand die Gefahr, daß bei der starken Parteispaltung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde.

Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht übersehbare Erschütterungen versetzt.

Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entscheidung von einem Teil meiner Wähler, darunter selber manchem alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber

ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als ich sehenden Auges unser Volk, das so viel Schweres in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten ertragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse.

Um Deutschland hier vor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle einer Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewusste Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun.

Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarz-roten Koalition entgegengenommen. Das ist falsch.

Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler als auch von solchen, die 1925 ihre Stimme anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Ersuchen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diesem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß unbeschadet der Parteigliedschaft im einzelnen in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe.

Kandidat einer Partei oder einer Parteigruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf überparteiliche Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solches dementsprechend zu handeln, das war Kandidatur eines

Partei, das heißt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus; das Urteil über das mir zugesagte Unrecht überlasse ich jedem Einzelnen: In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Young-Plans vorgeworfen, durch die ich mich in einen offenen Gegensatz zu der sogenannten nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterschrift ist mir wahrlich nicht leicht geworden;

aber ich habe sie gegeben in der Überzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt.

Das Rheinland ist frei, die fremden Kuffischbedürden sind



von Hindenburg.

verschwinden, der Young-Plan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt.

Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre. Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation eine Rolle spielt, ist der, daß ich die Notverordnungen unterschrieben habe.

Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlaß dem deutschen Volke schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland und finanzielle Erleichterungen erkaufen oder durch eigene Kraft und schwere Opfer und als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gegögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden; da der eigentliche Gesetzgeber, der Reichstag, versagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einschreiten und im Rahmen der mir durch die Reichsverfassung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst

handeln. Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel nicht so schlimm ist, als das Unterlassen jeglichen Handelns. Es ist durchaus begreiflich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestanden, und

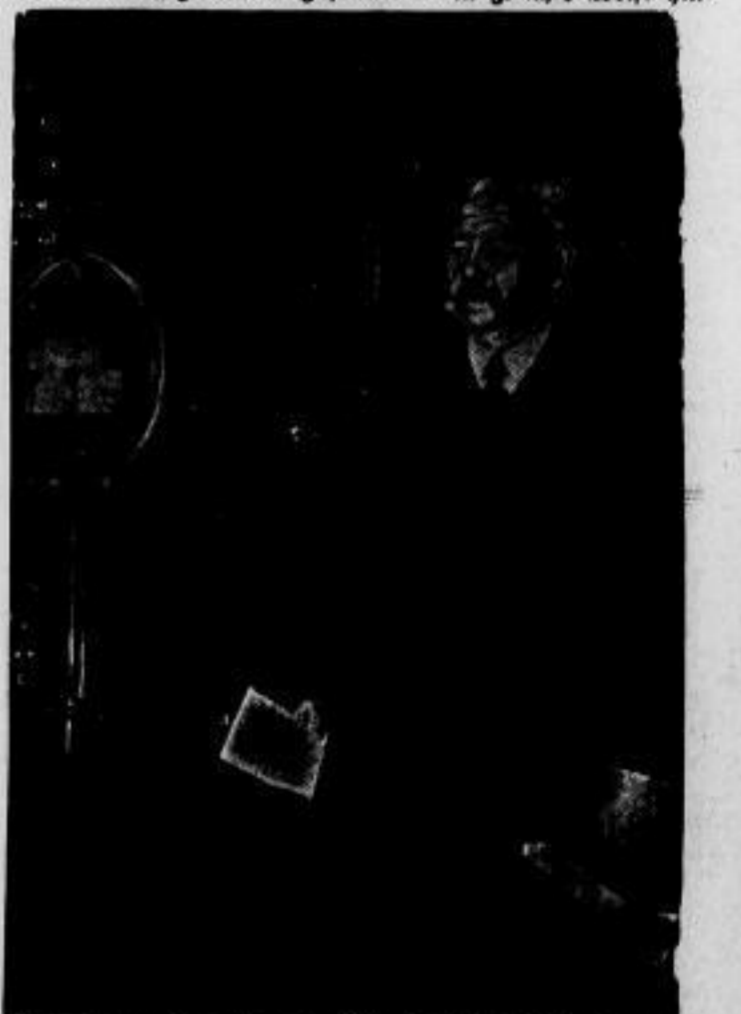
ich habe mich oft nur schweren Herzens zu einzelnen dieser Notverordnungen entschließen können. Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen, die in schwieriger, schwer absehbarer Situation eilig getroffen werden mußten, verbesserungsfähig sind. Ich glaube auch nicht, daß all die Belastungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufgehoben oder durch andere Regelung ersetzt werden können.

Keiner der Kritiker kann mir zum mindesten das Motiv heißester Vaterlandsliebe und stärksten Willens für Deutschlands Freiheit als Grundlage meines Wollens abprechen, und selbst die lautesten Rufe im Streit gegen das sogenannte "System" werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen frei von jeder Bindung, aus eigenster, persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Nach Rosen wir mitten im Kampf. Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Bänderung der fürchtbaren Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenfinden.

Ich kann nicht glauben, daß Deutschland im inneren Haß und im Bürgerkrieg versinken soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der deutschen Nation zusammenzustehen.

Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgenossenschaft, die nach dem Rufe fragte und nicht nach dem Stande oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterschaft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hin-



Wahrung des deutschen Volkes durch's Mitgehen an alle Volksgenossen.

gebungsvoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Ebenso werde ich aber niemanden zurückweisen, der die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will.